

Islamismus an Schulen

Islamismus an Schulen wird auch in der Schweiz tabuisiert. Weshalb diese Selbstzensur gefährlich ist

Bei Problemen mit Islamismus an Schulen wird mancherorts weggeschaut. Wer jedoch eine offene Debatte verhindert, verweigert den Lehrern die Solidarität. Auf Dauer könnte dies gravierende Folgen

Die Wirkung eines islamistischen Anschlags hängt nicht bloss von der Anzahl der Opfer ab. Auch die Umstände sind entscheidend. Obwohl im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine «nur» eine Person ermordet wurde, wirkt die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty auch ein halbes Jahr nach der Tat nach: Denn es handelte sich um eine Bestrafung.

Paty hatte seinen Schülern Mohammed-Karikaturen aus der französischen Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» gezeigt. Auch deren Karikaturisten und Autoren waren 2015 von Islamisten bestraft worden. Inzwischen müssen Karikaturisten in ganz Europa abwägen, was sie noch zeichnen dürfen, Journalisten, was sie schreiben, Lehrer, was sie im Unterricht sagen dürfen.

Besonders gefährlich wird diese Selbstzensur, wenn sie unbewusst stattfindet. Denn dann wird es immer schwieriger, sich über Fehlentwicklungen im Zusammenhang mit Islamismus zu verständigen. Natürlich kratzt es am Selbstbild westlicher Gesellschaften, wenn die freie Meinungsäusserung auf einmal mit Risiken behaftet ist. Sich die eigene Zurückhaltung einzugestehen, ist dennoch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu grösserer Freiheit.

Die Schweiz und der Kanton Zürich sind nicht Frankreich. Hierzulande wird erst auf den zweiten Blick sichtbar, dass die offene Debatte über Islam und Islamismus im Schulbetrieb bedroht ist. So empfiehlt die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik ihren Studenten in einem Leitfaden, das Wort «Islamist» nicht zu verwenden – denn eine islamistische Gesinnung allein sei nicht verboten, sondern erst in Verbindung mit Gewalttaten strafbar. Inhaltlich geht man mit dieser Formulierung allerdings fehl; eine reine Gesinnung ist ohnehin niemals strafbar.

Vor allem aber blendet diese Reduktion der Thematik auf juristische Aspekte die gesellschaftlichen Folgen aus: Es wird nahegelegt, dass islamistische Einflussnahme toleriert werden müsse, solange sie keinen Straftatbestand erfülle.

Doch extremistische Strukturen verändern das gesellschaftliche Klima, lange bevor es zu Straftaten kommt. Dies nicht benennen zu dürfen, verstärkt die Tabuisierung und macht eine kritische Auseinandersetzung mit extremistischen Strömungen unmöglich.

Der Lehrmittelverlag Zürich schreibt in einer Handreichung für Lehrer, es gebe «keinen Anlass zur These», dass Muslime sich nicht in demokratische westliche Gesellschaften integrieren könnten. Es erstaunt, wie leichtfertig der Verlag in einem Satz eine Debatte für beendet erklärt, die im Rest Europas in vollem Gange ist und deren Ausgang noch völlig offen scheint. Ein paar Sätze später wird insinuiert, dass Medien überproportional häufig über Muslime mit fundamentalistischen Einstellungen berichten würden.

Islamismus an Schulen

Dabei wird unterschlagen, dass die journalistische Freiheit eines der Angriffsziele der Fundamentalisten ist.

Ebenso wie der Anschlag vom 11. September 2001 nicht nur den fast dreitausend Menschen galt, die im World Trade Center umkamen, galt der Anschlag auf Samuel Paty nicht nur ihm selbst. Er richtete sich gegen das säkulare Bildungsideal aller westlichen Gesellschaften. Gerade deshalb müssten die Folgen des Anschlags auch dort diskutiert werden, wo Lehrer nicht unmittelbar von Islamismus bedroht sind, auch in Schweizer Schulen.

In Städten wie Wien, Paris oder Berlin kann man heute beobachten, was passiert, wenn man zu lange wegschaut. Der damalige Bezirksbürgermeister des Berliner Problemviertels Neukölln, [Heinz Buschkowsky, mahnte gegenüber der NZZ schon 2006](#): «Wir müssen das Milieu der Bildungsferne bekämpfen, sonst werden wir in zehn Jahren die Zustände von Paris haben.»

Wenn heute die Lage in Paris noch immer schlimmer ist als in Berlin, dann liegt dies wohl vor allem daran, dass sich die Problematik in den beiden Städten parallel verschärft hat. Buschkowskys damalige Warnung vor «sozial und ethnisch segregierten Gebieten» lässt aufhorchen. Die Lage in Zürich und der Schweiz ist zwar nicht vergleichbar, trotzdem sollte die Debatte offen geführt werden. Denn gerade, weil der Islam an den allermeisten Schulen in den urbanen, «progressiven» Gegenden der Schweiz kaum Probleme verursacht, gelingt das Wegschauen in Problemquartieren umso leichter.

Zürich ist sehr wohl Frankreich, einfach um ein paar Jahre hinterher. Vor wenigen Jahren noch sah man kaum Kopftücher. Heute sieht man kleine Mädchen in Kopftüchern, Schwimmunterrichtsdispens, Zensur usw., all die Probleme die auch heute wieder in zwei NZZ-Artikeln beschrieben werden. In Frankreich hat man bereits die Kontrolle über Gebiete verloren (so in der NZZ). Der Richtung ist klar, eindeutig und erschreckend für jeden auch nur schon die letzte 30 Jahre anschaut. Muslime sind nur ca. 5% der Bevölkerung (2013, von ca. 1% im Jahr 1980, Wikipedia), davon sicher nur ein kleiner Teil offen extremistisch.

In Anbetracht der grossen Probleme auch hierzulande mit Islamismus durch eine so kleine Minderheit kann man die Integration nur als weitgehend gescheitert betrachten. Studien in Frankreich und England (wo allerdings die Muslime anderer Herkunft sind als in der Schweiz) zeigen erschreckend viel Unterstützung für islamistisches Gedankengut (Steinigung, Anti-Homosexuell, ...). Mit Tabuisierung und Selbstzensur lösen wir diese Probleme mit Sicherheit nicht, im Gegenteil. Nichts tun klappt schon seit Jahren nicht. Schliesslich: Im Gegensatz zur Lehrmittelverlag gibt es allerdings vielmehr kaum Anlass zur These dass sich Muslime in eine demokratische westliche Gesellschaft integrieren lassen. Siehe Probleme in ganz Europa, siehe die Absenz von islamischen Demokratien. Das sollte eigentlich Ansporn sein etwas zu tun, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken.

Als ich diesen Artikel gelesen habe war ich schlicht und einfach entsetzt. Der Islam und der daraus entstandener Islamismus gilt als Kampfmittel gegen unsere Freiheit, unsere Ideale und gegen unsere Kultur.

Mitte der 80er Jahre sagte der damalige Kultus-Minister aus Ankara, Türkei, als Europa, allen voran die BRD das heutige Deutschland, in der Türkei nach Arbeitskräften Ausschau hielt und auch fand, "dass das sehr gut für den Islam sei, denn so werde bald ganz Europa

Islamismus an Schulen

sich in der Hand des Islam befinden."

Das die Mehrheit der Muslimen sich nur schlecht oder widerwillig integrieren, ist tagtäglich in unseren Städten auszumachen.

Sind da nicht die Frauen in ihren überlangen Röcken, langärmlige Oberkleider und Kopftücher nicht Beweis genug für ihren Obskurantismus. Ist die Schattenwirtschaft, nicht weniger Muslimen in unserer Gesellschaft, man denke ua. an die Steuerausfälle, nicht Beweis genug? Sind die Winterthurer Fundamentalisten*innen nicht Beweis genug? Es gibt noch Haufenweise andere Beispiele die man dazu zählen kann!

Also nicht nur mehr Aufklärung in den Schulen und eine rigorose Durchsetzung unserer Normen müssen angesagt sein, nein, auch drastisch Massnahmen gegen eine Schule und eine Politik, die Ignoranz, Faulheit und Larmoyanz zum Kredo erklärt hat, um diesem Problem Herr zu werden

Als ich diesen Artikel gelesen habe war ich schlicht und einfach entsetzt. Der Islam und der daraus entstandener Islamismus gilt als Kampfmittel gegen unsere Freiheit, unsere Ideale und gegen unsere Kultur.

Mitte der 70er Jahre sagte der damalige Kultus-Minister aus Ankara, Türkei, als Europa, allen voran die BRD das heutige Deutschland, in der Türkei nach Arbeitskräften Ausschau hielt und auch fand, "dass das sehr gut für den Islam sei, denn so werde bald ganz Europa sich in der Hand des Islam befinden."

Das die Mehrheit der Muslimen sich nur schlecht oder widerwillig integrieren, ist tagtäglich in unseren Städten auszumachen.

Sind da nicht die Frauen in ihren überlangen Röcken, langärmlige Oberkleider und Kopftücher nicht Beweis genug für ihren Obskurantismus. Ist die Schattenwirtschaft, nicht weniger Muslimen in unserer Gesellschaft, man denke ua. an die Steuerausfälle, nicht Beweis genug? Sind die Winterthurer Fundamentalisten*innen nicht Beweis genug? Es gibt noch Haufenweise andere Beispiele die man dazu zählen kann!

Also nicht nur mehr Aufklärung in den Schulen und eine rigorose Durchsetzung unserer Normen müssen angesagt sein, nein, auch drastisch Massnahmen gegen eine Schule und eine Politik, die Ignoranz, Faulheit und Larmoyanz zum Kredo erklärt hat, um diesem Problem Herr zu werden

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung will Jugendarbeit mit Muslimen fördern und gegen Muslimfeindlichkeit vorgehen – versteht also Integration als Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft. Aber hat man auch die zunehmende islamistische Einflussnahme an Schulen als Problem erkannt?

Die neue deutsche Bundesregierung will sich laut Koalitionsvertrag vom Integrationsparadigma zugunsten eines Teilhabeparadigmas verabschieden. Das bedeutet zuallererst den Verzicht auf das Einfordern integrativer Leistungen von Migranten, wie sie im Programm des Förderns und Forderns niedergelegt waren. Das Gelingen der Integration wird jetzt ausschliesslich als Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft verstanden. Diese soll sich verändern und an die neuen Verhältnisse anpassen, die gern als «postmigrantisch» verklärt werden.

Islamismus an Schulen

Das schärfste Instrument dieses Plans für eine verordnete gesellschaftliche Umgestaltung sind an Forderungen von Lobbyorganisationen ausgerichtete Antidiskriminierungsrichtlinien gegen «gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit».

Explizit werden im Koalitionsvertrag Muslime genannt. Man möchte muslimische Jugendarbeit fördern und gegen Muslimfeindlichkeit vorgehen. Organisationen, die man künftig finanziell fördern möchte, denunzieren Kritik an islamistischen Vereinigungen gern als «antimuslimischen Rassismus». Schweigeverordnungen sind, passend zum linksintellektuellen Zeitgeist, das Gebot der Stunde. Zahlreiche muslimische NGO und ihre Unterstützer haben es verstanden, die Selbstanklage bürgerlicher Kreise, die sich schon deshalb für rassistisch halten, weil sie weiss und nichtmuslimisch sind, optimal für sich zu nutzen.

«Who's who des politischen Islam»

Eine von ihnen ist die vom Berliner Senat geförderte «Anlaufstelle Diskriminierung an Schulen» (Adas). Sie hat jüngst eine – von den Autoren selbst als nicht repräsentativ bezeichnete – Umfrage über Diskriminierungserfahrungen junger Muslime veröffentlicht und eine Reihe von Forderungen erhoben, die man umstandslos im Bereich der Cancel-Culture verorten kann. So sollen die Begriffe «konfrontative Religionsausübung», «aggressive Religionsbekundung» und «religiöses Mobbing» aus dem öffentlichen Diskurs verbannt werden, weil sie angeblich Muslime diskriminieren. Befragt wurden tatsächlich Personen im Kontext von Moscheegemeinden, von denen viele ein fundamentalistisch-reaktionäres Islamverständnis vertreten, was die Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balci veranlasste, von einem «Who's who des politischen Islam» zu sprechen.

Zudem zielen laut dem ebenfalls in Berlin ansässigen «Verein für Demokratie und Vielfalt» (DeVi) die beanstandeten Begriffe auf islamistisches Engagement an staatlichen Schulen: So würden beispielsweise muslimische Mädchen regelmässig von islamistisch gesinnten Mitschülern unter Druck gesetzt, sich islamisch zu kleiden, also den Körper blickdicht zu verhüllen und mit einem Kopftuch Haar, Hals, Nacken und Ausschnitt zu bedecken. Wer nicht spurt, wird als ehrlos beschimpft, gemobbt oder drangsaliert.

Religiöses Mobbing

Darüber hinaus geht es um ein Gesamtpaket aus Handlungsanweisungen und Weltauffassungen, die junge Islamisten in Klassenzimmern und Pausenhöfen durchzusetzen wissen. Dazu gehört beispielsweise das Fasten während des Ramadans. Wer etwas trinken oder essen möchte, muss dies fast überall heimlich machen.

«Konfrontative Religionsbekundung» nennen die Mitarbeiter von DeVi diese Art von Verhalten, mit dem Jugendliche ihre Mitschüler und Lehrer terrorisieren. Dazu gehören auch demonstrative Gebete in der Cafeteria, das Fernbleiben vom Unterricht während der Gebetszeiten oder die provokative Forderung nach Gebetsräumen. Als an einer Schule ein Raum für Schüler aller Religionen angeboten wurde, lehnte man ab. Man wolle etwas exklusiv für Muslime, hiess es.

Fazit: Es geht hier nicht um religiöse Rechte oder gar die grundgesetzlich verbürgte Freiheit des religiösen Bekenntnisses, sondern allein um islamistische Dominanz. Die Leidtragenden

Islamismus an Schulen

sind religiöse Minderheiten, insbesondere jüdische Schüler, aber auch liberal eingestellte Muslime, die einem andauernden religiösen Mobbing ausgesetzt sind.

Weltliche Bildung steht unter Verdacht

Erschwert werden auch die pädagogischen Kernaufgaben der Schulen, etwa in Sachen Gleichberechtigung von Frauen.

In Familien und Moscheen wird vermittelt, dass die eigentliche Tugend eines Mädchens in seiner Sittsamkeit und Unterordnungsbereitschaft bestehe. Solche Indoktrination wirkt. Laut DeVi bekunden viele der sich fromm gebenden muslimischen Schülerinnen kein sonderliches Interesse an schulischen Leistungen, da ihr Ideal das einer Hausfrau und Mutter vieler Kinder ist. Ohnehin steht weltliche Bildung grundsätzlich unter Verdacht, wenn sie nicht mit islamistischen Doktrinen übereinstimmt.

Der DeVi-Leiter Michael Hammerbacher kommt aus der Rechtsextremismusprävention und vergleicht die islamistischen Umtriebe mit den Aktivitäten jugendlicher Neonazis, die versuchten, «national befreite Zonen» herzustellen. So etwas könne man nicht einfach laufenlassen, meint er. Man plant deshalb eine «Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung». Zudem soll ein Beratungs- und Fortbildungsangebot für Lehrer und Sozialarbeiter entwickelt werden.

Realitätsverweigerung der Politik

Ein Pilotprojekt, das in anderen Teilen der Bundesrepublik ebenfalls Anwendung finden könnte. Denn die Verhältnisse in Berlin-Neukölln sind keineswegs einzigartig, sondern möglicherweise bereits der Regelfall in sogenannten Brennpunktschulen, in denen muslimische Schüler mittlerweile die Mehrheit bilden. Es gibt eine Reihe von Publikationen aus der Lehrerschaft heraus; ich selbst habe vor einigen Jahren ähnliche Daten bei einer ethnografischen Studie im Rhein-Main-Gebiet gesammelt.

Dennoch hält sich die Begeisterung in den politischen Kreisen Berlins in Grenzen. Grüne und Repräsentanten der Partei Die Linke wittern Islamfeindlichkeit. Andere möchten die islamistischen Umtriebe als normales Verhalten in der Adoleszenz verstanden wissen. Wieder andere machen die Lehrer verantwortlich, weil sie sich angeblich zu wenig mit ihrem eigenen Rassismus auseinandersetzen.

Diese Art der Realitätsverweigerung hat eine lange Tradition. Bereits 2009 hatten Güner Balci und Nicola Graf in einem eindrucksvollen Dokumentarfilm mit dem Titel «Kampf im Klassenzimmer» auf die grassierende Feindlichkeit gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft in Klassen mit mehrheitlich muslimischen Schülern aufmerksam gemacht.

Das Problem ist nicht neu. Bereits 2010 veranstaltete die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Tagung, auf der von Demütigungen, sexistischen Attacken und Drohungen durch arabisch- und türkischstämmige Schüler berichtet wurde. Konkrete Massnahmen blieben aber aus. Man verständigte sich darauf, dass die geschilderten Zustände allesamt nur eine Folge von Diskriminierungen und Islamophobie seien. Der Begriff der «Deutschenfeindlichkeit» wird seitdem nicht mehr verwendet.

Islamismus an Schulen

Schule fällt entscheidende Rolle bei der Integration zu

Es bleibt zu hoffen, dass die geplante «Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung» in Berlin die notwendige politische Unterstützung erhält. Eine Förderung wäre auch im Sinne der muslimischen Kinder und Jugendlichen. Der Institution Schule kommt in Einwanderungsgesellschaften wie der deutschen eine wichtige Rolle zu. Sie soll eine neue Generation befähigen, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten, und muss die Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer immer pluralistischer werdenden Umwelt legen.

Gerade für Kinder und Jugendliche aus prekären Milieus könnte Schule ein Raum sein, in dem es möglich ist, die engen Grenzen der Herkunftsfamilie zu überschreiten und sich auf anderes einzulassen. Sie könnten sich Kenntnisse aneignen, die in ihren Milieus als häretisches Wissen geächtet, aber in unserer Gesellschaft der Schlüssel für erfolgreiche berufliche Laufbahnen sind. Nur dann hätten sie tatsächliche Teilhabechancen.

Das alles funktioniert aber nur, wenn sie sich in der Schule frei entfalten können, ohne Angst vor dem langen Arm von Moscheen und Elternhäusern in Gestalt islamistischer Tugendwächter haben zu müssen.

Susanne Schröter ist Professorin für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt und leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam. Zuletzt von ihr erschienen: «Politischer Islam. Stresstest für Deutschland» im Gütersloher Verlagshaus (2019).

Kommentare

Thilo Sarrazin beschrieb diese Entwicklung schon 2010 in seinem Buch "Deutschland schafft sich ab". Dafür wurde er angefeindet und 2020 aus der SPD ausgeschlossen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die neue deutsche Regierung der Realität stellen wird. Auch Merkel steckte den Kopf in den Sand und hofierte den Diktator Erdogan. Schwer zu sagen, woran es liegt, dass die Politik in Deutschland so krampfhaft die Augen verschließt. Der politische Islam ist längst Realität und die deutsche Politik macht es seinen Vertretern sehr leicht, immer mehr Terrain zu gewinnen und Politik und Gesellschaft in ihrem Sinne umzubauen. Der Schuldkomplex der Deutschen aufgrund ihrer Geschichte spielt ihnen stärker in die Hände als in jedem anderen europäischen Land. Besonders unverständlich ist die Tatsache, dass selbst die Feministinnen tatenlos zusehen, wie die Rolle der Frauen wieder ins Reaktionäre umgedreht wird. Stattdessen befassen sie sich mit Gendern....auch das ist eine Art der Realitätsverweigerung.

Was die große Mehrheit im Lande will, interessiert niemand in Berlin. Zu sehr wurde der politische Spaltpilz der linksliberalen Lifestyle Linken im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. In den großen Städten kämpfen die indigenen deutschen Gruppierungen um die Reste ihrer Identität (an Hamburgs Schulen werden 86 Sprachen gesprochen!), während die Politik sich den Zuwanderern bedingungslos anbiedert. Deutsch als verbindendes Element verliert an Bedeutung, selbst die Vergewaltigung der deutschen Sprache in „einfacher Form“ fördert nicht die Kommunikation. Christliche Feste wie Weihnachten werden zwischenzeitlich von den politischen Meinungsmachern gerade noch geduldet.

Islamismus an Schulen

Wer in den großen Städten fröhliche Weihnachten wünscht, wird als rückständig und reaktionär eingestuft. Kirchen werden in Restaurants oder Bars umgewandelt. An den Schulen wird deutlich mehr über Inhalte des Islam als über die Bedeutung des Christentums gesprochen. Die Bibliothek unserer lokalen Schule besitzt 26 Bücher zum Thema Islam und kein einziges Buch über das Christentum

Islamische Probleme: Als der türkische Oberhirte, das letzte Mal in DE/Köln war, rief er seine Schäfcheninnen dazu auf, nicht 3 Kinder zu bekommen, sondern 5 - dazu meinte er, auf deutschen Boden in Köln: »dann haben wir sie«. Er, Erdowahn will DE übernehmen.

Monatlich kommen aus der Türkei hunderte, gar tausende Türken illegal nach DE. In den Medien wird, seit Jahren immer von 3 Millionen Türken in DE informiert – sind es nicht viel, eher 5 Mill.

Ein wichtiger Pkt. ist, dass die 3. od. 4. Generation sich ein Kopftuch umzieht, um ihre »Unfreiheit zu signalisieren« – und »man bleibt unter sich«.

Änderung erreicht man nur mit Veränderung, aber da scheinen Blockaden vorhanden zu sein - sonst hätte die BTW andere Ergebnisse erbringen müssen.

In der Schweiz ist es kaum anders. Schweinefleisch ist schon seit Jahren in KITAS, Kantinen und sogar Gefängnisse verboten. Durch die Zwangsfeinverteilung auf alle Gemeinden erhält der Islam überall Einzug. **Unser Sozialversicherungsrecht ist ein Paradies. Je mehr Kinder desto mehr Geld und staatliche Bediensteten.**

Die illegale Migration kommt heute quasi einer Einbürgerung gleich. Vor allem, wenn sie Kinder in die Welt stellen. Es muss jetzt gehandelt werden. Internierungslager an den EU-Aussengrenzen, nur noch Asylgesuche via UNO Lager. Illegal Eingereiste sollten umgehend in ein UNO-Lager ihrer Heimatregion ausgeschafft werden.

Auch sollten klar definierte Bedingungen für die Einschulung gelten. Wenn sie nicht erfüllt werden, soll die Familie zurück ins Heimatland. Eine massive Verschärfung für den Familiennachzug. Sollen sie vor der Einreise min. ein A2 Sprachniveau mitbringen müssen. Sozialhilfe an min. 5 Steuerjahre gekoppelt. Kinderzulagen und Steuerabzüge abgeschafft, dafür eine Steuersenkung für alle. Auch muss Mündigkeit und Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Fähigkeiten klar definiert werden. Wer Kinder in die Soz stellt gehört entmündigt und in eine betreute Institution.

Ist es überhaupt human Menschen in Systeme hineinzwingen zu wollen? Oder sollen die Einheimischen ihre Heimat einfach hergeben? Wo bleibt "unser" Recht auf Gewohnheit? Es muss aufgeräumt werden, und zwar nicht nur in Bezug auf Muslime.

In Berlin schikanieren islamistische Jugendliche Juden, Frauen, Christen. Es sind Schüler, die zusätzlich in radikale Koranschulen gehen, radikalisierte Eltern haben. Diese Brutstätten der Gewalt gehören sofort verboten. Aber Deutschland importiert zuhauf diese Islamisten. Das nennt sich dann linke Toleranz!

Schizophren an dem Verhalten ist die Toleranz gegenüber Muslimen bei gleichzeitiger Bekämpfung jeglicher israelfeindlicher Tendenzen. Was werden unsere linken und grünen Mitbürger nur tun, wenn den Muslimen in gendergerechter Sprache mitgeteilt wird, Israel gefälligst lieb zu haben - und dann den Mittelfinger gezeigt zu bekommen? Ich bin für Toleranz, aber Toleranz und Dummheit sind zwei paar Stiefel. Bei einem guten Teil von Grünen, SPD und Linken scheint man dies allerdings noch nicht erkannt zu haben. Hoffen wir, dass Deutschland nicht erst dann aufwacht, wenn es zu spät ist.

Islamismus an Schulen

Noch nicht gewusst? Die Integrationsverweigerung von Muslimen steht unter der Schirmherrschaft der mächtigen Muslimischen Weltliga. In der Charta von Mekka ist festgelegt, wie sich ein Muslim auf Territorien zu verhalten hat, die noch nicht erobert wurden, noch nicht Teil der angestrebten, weltumfassenden Umma sind. Zwar gilt es, sich nicht kriminell zu verhalten, das Gesetz zu achten, aber reicht das? Die europäische Politik und Vertreter monotheistischer sind von Naivität geschlagen, wenn sie nicht gar kollaborieren. So geschehen 2019, als der Boss der Liga, übrigens saudischer Herkunft, auf interreligiöser Tournee in Frankreich war. Auf der Fahne stand Friedenspakt, das eigentliche Ziel des Generalsekretärs ist es jedoch, die "Islamophobie" zu bekämpfen. Auf dem digitalen Weg über Twitter und Facebook. Wer dies bezweifelt, gehe auf die französischsprachige Facebook-Seite der Liga.

Die heutige Politik ist immer noch vom NS-Schuldkomplex geprägt, weswegen gegenüber Ausländern und Minderheiten ein besonders "freundliches Gesicht", bis hin zu Verweigerung von Problemen gemacht wird. Wenn irgendwo in D ein islamistischer Anschlag stattfindet und der Täter nicht als geistesgestört durchgeht, dann erheben sich reflexartig die Politikerstimmen, die davor warnen diesen "ja nicht zu instrumentalisieren". Gibt es dagegen aber irgendeinen Hinweis auf ein fremdenfeindliches Motiv, dann fordern dieselben Politiker noch energischer gegen Rechts vorzugehen.

Die Frage, wieso Muslime unbedingt in einem Land leben wollen, dessen Kultur und Lebensgewohnheiten sie verachten, nähert sich einer Antwort: weil sie Bundesgenossen finden, die sie bei der Umwandlung in ein islamistisches Land unterstützen. Was "Islamophobie"-Fasler immer übersehen: dass niemand daran denkt, den Islam in seinen Herkunftsländern ändern zu wollen, dass wir aber das Recht beanspruchen, das Leben in unserem eigenen Land zu gestalten. Wir: das ist die grosse Mehrheit der Deutschen. Uns Muslim-Feindschaft vorzuwerfen, ist grotesk. Wer bereit ist, friedlich und tolerant mit uns zu leben, ist willkommen. Wer uns steinzeitliche Gewohnheiten unter religiösen Manövern oktroyieren will, nicht.

Der Islam, seine Anhänger und seine Funktionäre wollen nicht westlich und nicht demokratisch leben. Diese Leute wollen nach den Regeln des Islam leben. Millionen Moslems leben in Deutschland und in Europa und **die meisten lehnen unsere Art zu leben und unsere Gesetze ab.** Nein, das ist nicht meine Meinung, das haben seriöse Umfragen ergeben. Integration ist "unsere" Vorstellung. Die Anhänger des Islam wollen die Kontrolle über eine Gesellschaft und über ein Land haben. Europa hat sich aufgegeben, hat sich zur Beute von aggressiven Fremdvölkern gemacht und wir werden keine Zukunft haben. Afghanistan hat klar gezeigt, wo die Reise hingeht.

Aber der Westen ist sich nicht zu schade, für dieses Volk, das so mit den Taliban leben will, auch noch Geld sammelt. **Da sieht man, wo cancel culture, rot-grüner Idealismus und Gutmenschentum hinführt.**

Politik jenseits der Wirklichkeit...innenpolitisch, außenpolitisch, wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch, umweltpolitisch, energiepolitisch.....,das ist der Kurs der neuen Regierung... Vor 10 Jahren ist die Costa Concordia gesunken..... der Kapitän wollte auch nur mal (seiner Freundin) zeigen wie schön die Welt ist...